

# Politik

## „Wir haben ausreichend Impfstoff bestellt“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wehrt sich im Interview gegen Kritik an der Corona-Impfstrategie



### Also kein deutscher Alleingang?

Ideal wäre eine zügige europäische Zulassung.

**Nach Angaben Ihres Hauses wurden bis 30. Dezember rund 1,3 Millionen Impfdosen von Biontech geliefert. Am Samstag gab das Robert Koch-Institut bekannt, dass ihm inzwischen rund 188 500 Impfstoffen gemeldet seien. Wie passt das zusammen?**

Mit der Entscheidung, zuerst in Pflegeheimen zu impfen, war klar, dass es langsamer losgeht. Dort müssen mobile Teams eingesetzt werden, das ist aufwendiger als im Impfzentrum. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass die Länder noch im Januar allen Bewohnern in Pflegeheimen ein Impfangebot machen werden. Wenn viele in den Heimen sich impfen lassen, hat die Pandemie schon einen Teil ihres Schreckens verloren. Denn dort wütet das Virus besonders stark. Außerdem gibt es durchaus Unterschiede zwischen den Bundesländern. Bei einigen läuft die Impfkampagne schneller an als bei anderen.

### Was kann der Bund tun, um den Prozess zu beschleunigen?

Noch ist der limitierende Faktor der knappe Impfstoff. Wir werden

am Anfang Geduld miteinander aufbringen müssen. Die Länder wählen unterschiedliche Wege, teils durch Anschreiben oder telefonische Terminvergabe. Dass es keine bundeseinheitliche, sondern diese unterschiedliche Herangehensweise gibt, war eine sehr bewusste Entscheidung der Länder. Nun muss diese Entscheidung gemeinsam bestmöglich umgesetzt werden.

### Bayerns Ministerpräsident Markus Söder spricht sich dafür aus, den Impfstoff falls möglich „sogar in Lizenz bei anderen Firmen in Deutschland“ herstellen zu lassen, um die Impfkampagne zu beschleunigen. Ein gangbarer Weg?

Nicht, wenn wir wirklich schnell mehr Impfstoff wollen. Die Produktion von Impfstoff ist sehr komplex und aufwendig, zumal mit der völlig neuen mRNA-Technologie. Wir unterstützen Biontech dabei, zusätzliche Partner zu finden und in Marburg im Februar mit der weiteren Produktion starten zu können. Es stehen in Deutschland und Europa ja keine ungenutzten Produktionsstätten herum. Eine Pflanzproduktion lässt sich leider nicht einfach auf Impfstoff umstellen.

### Kränken Sie die Vorwürfe der Op-

päische Weg richtig. Dass Europa an bestimmten Stellen hätte schneller sein können, steht außer Frage. Doch Deutschland hat bei allen Fragen sehr zur Eile gemahnt und schnell Verhandlungen unterstützt.

### Die Vorwürfe lauten ja etwa, dass man zu sehr auf die Franzosen und Sanofi gesetzt hätte ...

Wir haben von Anfang an auf mehrere Hersteller gesetzt. Keiner wusste doch, welcher Impfstoff erfolgreich sein würde. Und dass es den Vertrag mit Biontech gibt, hat maßgeblich mit der Bundesregierung zu tun. Biontech war teuer, deswegen waren einige Mitgliedsstaaten anfangs zurückhaltend. Entscheidend aber ist, dass wir den Vertrag geschlossen haben.

### Was halten Sie von der Idee, zunächst nur einmal zu impfen statt der vorgesehenen zwei Dosen?

Das ist eine schwerwiegende Entscheidung, die man nur auf wissenschaftlicher Basis treffen kann. Es geht dabei um die Abwägung zwischen individuellem Schutz und der öffentlichen Gesundheit. Ich habe die Ständige Impfkommission gebeten, uns zu dieser Frage eine Empfehlung zu geben.

### Viele Pflegekräfte wollen sich nicht impfen lassen. Braucht es da mehr Druck?

Es ist ein Gebot der Vernunft und der Solidarität, dass diejenigen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sich ebenfalls impfen lassen – zu ihrem eigenen Schutz und dem Schutz der ihnen anvertrauten Patienten. Wir setzen dabei gute Argumente.

### Und wann sollen Politiker an der Reihe sein?

Zunächst sollten die geimpft werden können, die am stärksten durch das Virus gefährdet sind. Ich werde mich sofort impfen lassen, wenn ich an der Reihe bin. Und ich möchte auch mit meiner Impfung davon überzeugen, dass es ein sicherer Impfstoff ist.

### Wie lange muss der Lockdown noch anhalten?

Im Zweifel sollte er jetzt länger gehen, aber dafür umso nachhaltiger wirken. Wir müssen die Pandemie wieder in den Griff bekommen. Das geht kurzfristig nur, wenn die Infektionszahlen stark sinken. Und mittelfristig, indem wir die Älteren impfen. Sind die besonders gefährdeten, insbesondere alle über 70-Jährigen, erst einmal geschützt, vermeidet das viel Leid. Und unser Gesundheitswesen wäre viel weniger belastet durch diese Pandemie. Schon diese Zwischentappe würde einen echten Unterschied machen.

### Das heißt was für den Januar?

Das im Einzelnen zu entscheiden, ist Aufgabe der Länder. Aber die Fakten sind eindeutig: Gerade die hohe Zahl der Patienten auf den Intensivstationen zeigt, dass es eine Überlastung des Gesundheitswesens weiterhin unbedingt zu vermeiden gilt.

Das Gespräch führte Kerstin Münstermann

### Kompakt

#### Niger: Islamisten töten mehr als 100 Menschen

■ Niamey. Im westafrikanischen Niger haben mutmaßliche Islamisten mehr als 100 Menschen getötet. Eine bewaffnete Gruppe habe am Samstag zwei Dörfer an der Grenze zu Mali überfallen, berichtete der französische Auslandsender RFI am Sonntag. Wer konkret für die Angriffe verantwortlich ist, war zunächst unklar. Die Angreifer waren zunächst von einer lokalen Jugendbande abgewehrt und getötet worden. Eine weitere Gruppe Islamisten habe daraufhin an der Bevölkerung Rache geübt. Mitte Dezember hatte die Terrorgruppe Boko Haram bei einem Angriff auf einen Ort im Süden des Landes bereits mindestens 27 Menschen getötet.

#### Neues Jahr beginnt mit Protesten in Belarus

■ Minsk. Zum ersten Mal im neuen Jahr haben sich Menschen in Belarus (Weißrussland) zu ihren traditionellen Sonntagsprotesten versammelt. Das unabhängige Nachrichtenportal tut.by veröffentlichte Videos von Protestierenden, die mit den weiß-rot-weißen Fahnen der Opposition durch Wohngebiete in der Hauptstadt Minsk zogen und „Es lebe Belarus“ riefen. Über Festnahmen war zunächst nichts bekannt.

## Deutsche Waffen für Nahost

Bund genehmigt Rüstungsexporte in Milliardenhöhe

■ Berlin. Die Bundesregierung hat im Jahr 2020 Rüstungsexporte für mehr als 1 Milliarde Euro an Länder genehmigt, die in die Konflikte im Jemen oder in Libyen verwickelt sind. Allein für Ägypten wurden bis zum 17. Dezember Ausfuhren von Waffen und militärischer Ausrüstung im Wert von 752 Millionen Euro erlaubt. Das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour (Grüne) hervor.

Auch nach Katar (305,1 Millionen Euro), in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE, 51,3 Millionen Euro), nach Kuwait (23,4 Millionen Euro) und in die Türkei (22,9 Millionen Euro) dürfen in größerem Umfang Rüstungsgüter geliefert werden. Außerdem wurden Genehmigungen für Jordanien (1,7 Millionen Euro) und Bahrain (1,5 Millionen Euro) erteilt. Unter dem Strich summiert sich das alles auf 1,16 Milliarden Euro.

Alle genannten Länder spielen in mindestens einem der beiden Konflikte eine Rolle. Im Jemen bekämpft eine von Saudi-Arabien geführte Allianz an der Seite der dortigen Regierung die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen. Dem Bündnis gehören die VAE, Ägypten, Kuwait, Jordanien und Bahrain an.

Im Libyen-Konflikt mischen Katar und die Türkei auf der Seite der international anerkannten Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch in Tripolis mit. Der mächtigste Widersacher Sarradschs, General Chalifa Haftar, wird dagegen von den VAE und Ägypten unterstützt.

Deutschland hat im Libyen-Konflikt eigentlich eine Vermittlerrolle. Die Bundesregierung setzt sich vor allem für den Stopp von Waffenlieferungen in das Land ein. Zu den Rüstungsexporten in die am Jemen-Krieg beteiligten Staaten hatten Union und SPD 2018 eine Klausel in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Demnach sollten die Lieferungen an alle „unmittelbar“ an dem Krieg beteiligten Staaten gestoppt werden. Das wird aber nicht vollständig umgesetzt.

## US-Kongress startet ins Zeitalter nach Donald Trump

Parlament will Abzug der Truppen aus Deutschland prüfen – Rheinland-Pfalz reagiert erleichtert

■ Washington/Mainz. Inmitten von heftigem Gezerre um den Ausgang der Präsidentschaftswahl nimmt der US-Kongress in neuer Zusammensetzung seine Arbeit auf. Nach den US-Wahlen im November sind am Sonntag der Senat und das neu gewählte Repräsentantenhaus zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammengekommen. Als erste große Amtshandlung steht den beiden Kongresskammern Mitte der Woche eine turbulente Sitzung zur Zertifizierung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl bevor. Di-

verse republikanische Abgeordnete und Senatoren planten eine Störaktion, die für parteiinterne Verwerfungen sorgt und die formalen Abläufe dramatisch in die Länge ziehen könnte – allerdings ohne Aussicht, dass die Störaktion etwas am Wahlausgang ändern könnte. Zudem stand im Repräsentantenhaus die Wiederwahl der nicht unumstrittenen demokratischen Vorsitzenden Nancy Pelosi (80) an.

Die Demokraten hatten ihre Mehrheit in dieser Kammer im November knapp verteidigt. Im Senat entscheidet sich erst bei Stichwahlen um zwei Senatssitze im US-Staat Georgia am Dienstag, wer das Sagen in der Kammer hat. Offen ist, ob die Republikaner ihre Mehrheit im Senat halten und dem künftigen demokratischen Präsidenten Joe Biden so bei Vorhaben



Nicht unumstritten: die Demokratin Nancy Pelosi. Foto: dpa

Steine in den Weg legen können oder ob die Demokraten auch die zweite Kongresskammer erobern.

In alter Konstellation hatte der Kongress zuvor noch ein Kräfte-messen mit US-Präsident Donald Trump gewonnen und dessen Veto gegen das Gesetzespaket zum US-Verteidigungshaushalt gekippt. In dem Gesetzespaket haben Demo-

kraten und Republikaner auch festgeschrieben, dass der von Trump geplante massive Abzug von US-Soldaten aus Deutschland vorerst blockiert wird. Darin heißt es, der US-Verteidigungsminister müsse in einem Bericht an den Kongress darlegen, ob ein solcher Abzug im nationalen Interesse der USA wäre. Wenn überhaupt, dürfe es frühestens 120 Tage danach zum Abzug kommen und die Zahl der in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten die Grenze von 34 500 unterschreiten. Der Mainzer Innenminister Roger Lewentz (SPD) wertete das Votum des US-Kongresses als „sehr positives Signal“. Das gelte besonders für die Eifelregion und auch zahlreiche deutsche Arbeitsplätze im Land. „Ein Abzug würde mit einer Schwächung der US-Interessen einhergehen.“

Unterdessen hat der amtierende US-Präsident Trump nach einem Bericht der „Washington Post“ in einem ungewöhnlichen Telefonat auf eine nachträgliche Änderung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl in Georgia gedrungen. In dem etwa einstündigen Gespräch hat Trump den für die Durchführung der Wahl verantwortlichen Staatssekretär, Brad Raffensperger, unverblümt aufgefordert, genügend Stimmen für ihn „zu finden“ und das Ergebnis „nachzuberechnen“. Republikaner Trump drohte seinem Parteikollegen Raffensperger, dass er ein „großes Risiko“ eingehe und sich womöglich einer Straftat schuldig mache, wenn er nicht gegen den Wahlbetrug vorgehe. Trump hatte Georgia bei der Wahl vom 3. November sehr knapp verloren.